



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Herr Schwarz

Telefon: (0221) 221-29098
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: andreas.schwarz@stadt-koeln.de

Datum: 02.10.2014

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 15.09.2014, 14:00 Uhr bis 15:45 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16 F 43, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln (Deutz)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Beigeordnete Henriette Reker Verwaltung - Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Annette Hepp	DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.
Herr Paul Intveen	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
Herr Horst Ladenberger	Zentrum für selbstbestimmtes Leben
Frau Barbara Röttger- Schulz	Polio Stammtisch
Herr Wolfgang Schmidt	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Frau Sigrid Schmitz	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Andreas Thermann	Arbeiterwohlfahrt
Herr Rainer Zuch	Synagogengemeinde Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Bauer	Verband für Gebärdensprachkultur Köln und Umland e.V.
Frau Gisela Grüßer	VdK Köln
Frau Sandra Meinert	Rollstuhl-Club Köln e.V.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ina Vera Ast	AfD
-------------------	-----

Herr Helmut Krämer	Die Linke Köln
Frau Elke Lerchner	FDP
Herr Manfred Waddey	Bündnis 90/Die Grünen

Ständige Gäste

Herr Frank Gassen-Wendler	KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG
Frau Ute Saher	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Schriftführer

Herr Andreas Schwarz	Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik
----------------------	---

Verwaltung

Frau Bettina Albrot	Amt für Schulentwicklung
Frau Anette Altendorf	Stadtplanungsamt
Frau Claudia Baumgärtner	Kassen- und Steueramt
Herr Dr. Günter Bell	Behindertenbeauftragter
Frau Karen Bienasch	Amt für Wohnungswesen
Frau Sabine Brinkmann	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften - Amt für Wirtschaftsförderung
Frau Charlotte Dahlheim	Gesundheitsamt
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste
Frau Maria Knaup	Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik
Herr Martin Lersmacher	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
Frau Britta Oswald	Personal- und Organisationsamt
Frau Dunja Pohlmann	Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik
Herr Ronny Sämann	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Elisabeth Uhlig-Fasbender	Amt für Weiterbildung

Gäste

Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gerdi Hugoth	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Silke Mertesacker	Lebenshilfe Köln e.V.
Herr Wolfgang Blaschke	Mittendrin e.V.

Presse

Zuschauer

Frau Reker begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste und insbesondere Frau Dunja Pohlmann, die seit dem 01.07.2014 als Vertretung für Frau Thiemann in der Punktdienststelle Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik eingesetzt ist. Danach verpflichtet Frau Reker die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt in ihr Ehrenamt:

Verpflichtung in das Ehrenamt:

"Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen."

Verpflichtung zur Verschwiegenheit:

„Ich verpflichte Sie als Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, auch nach Beendigung des Ehrenamtes, über die Ihnen dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben, vom Rat beschlossen oder vom Bürgermeister angeordnet ist, Verschwiegenheit zu wahren. Ihrer Natur nach geheim sind insbesondere Angelegenheiten, deren Mitteilung an andere dem Gemeinwohl oder dem berechtigten Interesse einzelner Personen zuwiderlaufen würde. Sie dürfen die Kenntnis vertraulicher Angelegenheiten nicht unbefugt verwenden.“

Anschließend erfolgt die gemeinsame Festlegung der Tagesordnung.

Frau Reker kündigt zu TOP 5.2 an, dass die Vorlage zurückgezogen wird, da noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Verwaltung besteht. Der Tagesordnungspunkt soll aber auf der Tagesordnung verbleiben, damit eine angekündigte Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen behandelt und das Thema diskutiert werden kann.

Des Weiteren sollen folgende Tagesordnungspunkte aufgenommen werden:

TOP 6.1.1

Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen

2353/2014

TOP 7.1

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht 2012 – 2013

2555/2014

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt die Tagesordnung einschließlich der Nachtragsordnungspunkte einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Verpflichtung der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**
- 2 Beschlussfassung gem. § 7 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Stadt Köln - Tagesordnung, Sitzungsvorbereitung und Ablauf**
- 3 Verabschiedung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2014**
- 4 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2014**
1581/2014
- 5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 5.1 Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014 im Historischen Rathaus
hier: Sachstandsbericht
 - 5.2 Barrierefreiheit im Eis- und Schwimmstadion "Lentpark"
hier: Sachstandsbericht
0721/2014
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014
1034/2014
 - 6.1.1 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung
1034/2014
2353/2014
 - 6.2 Rampe Domforum
hier: Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.01.2014, TOP 1.1
0980/2014
 - 6.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
0727/2014

- 6.4 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für das Jahr 2013
0842/2014

7 Anfragen und Beschlussempfehlungen

- 7.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht 2012 - 2013
2555/2014

- 7.2 Benennung der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 23a Hauptsatzung

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung und Verpflichtung der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die Begrüßung und Verpflichtung erfolgte bereits vor Eintritt in die Tagesordnung.

2 Beschlussfassung gem. § 7 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Stadt Köln - Tagesordnung, Sitzungsvorbereitung und Ablauf

Frau Reker weist darauf hin, dass zur Erleichterung der Erstellung der Niederschrift die Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf Tonband aufgenommen werden sollen. Das Tonband darf nicht für andere Zwecke verwendet werden und ist spätestens drei Monate nach Erstellung der Niederschrift zu löschen. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stimmen dieser Verfahrensweise zu.

3 Verabschiedung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2014

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung am 11.03.2014 wird einstimmig ohne Änderung genehmigt.

4 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2014 1581/2014

Herr Dr. Bell stellt den Bericht kurz vor. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

5.1 Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 05.12.2014 im Historischen Rathaus hier: Sachstandsbericht

Herr Dr. Bell stellt das Konzept der Veranstaltung zum Thema „Barrierefreies Wohnen“ vor. Er betont, dass es sich um eine gemeinsame Veranstaltung des OB und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik handelt. Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege entwickelt und wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Bell weist darauf hin, dass ein besonderer Akzent der Veranstaltung auf der Einbeziehung von Menschen mit Lernschwierigkeiten liegen wird. Dazu wird unter anderem der Einladung eine Zusammenfassung des Programms in Leichter Sprache beigelegt. Des Weiteren wird der erste Impulsvortrag von Menschen mit Lernschwierigkeiten gehalten. Der Impulsvortrag von Frau Reker wird in Leichter Sprache am

Eingang der Piazzetta erhältlich sein. In diesem Zusammenhang bedankt sich Herr Dr. Bell ganz besonders bei Frau Reker für ihre Bereitschaft, den zweiten Impulsvortrag zu halten. Dies dokumentiert ihr besonderes Engagement zum Thema Barrierefreies Wohnen und kann als starkes Signal in die Verwaltung und die Stadtgesellschaft gewertet werden. Die Veranstaltung soll anschließend ausführlich ausgewertet und die Auswertung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der darauf folgenden Sitzung vorgelegt werden.

Herr Schmidt regt an, zur Veranstaltung gezielt Wohnbauträger und Investoren einzuladen, damit diese als sogenannte Akteure des Wohnungsbaus angesprochen und für das Thema sensibilisiert werden können. Herr Dr. Bell erklärt dazu, dass mit dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik bereits Kontakt aufgenommen wurde. Dort ist die Geschäftsführung des Kölner Wohnungsbauforums angesiedelt, so dass die entsprechenden Kontaktdaten der Kölner Wohnbauträger zur Verfügung gestellt werden können.

5.2 Barrierefreiheit im Eis- und Schwimmstadion "Lentpark" **hier: Sachstandsbericht** **0721/2014**

Herr Ladenberger verliest eine gemeinsame Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird. Er betont, dass die Behindertenorganisationen und -vertretungen zwar begleitend tätig sein können, ein ausreichender Sachverstand bei der Sicherstellung von Barrierefreiheit beim Bau derartig großer Gebäude aber nicht zwingend vorausgesetzt werden kann.

Herr Intveen ergänzt, dass die Mitglieder des Arbeitskreises Barrierefreies Köln zwar eine Vorstellung über die spätere Nutzbarkeit haben, sie aber bezogen auf die Verantwortung für den Prozess zur Herstellung der Barrierefreiheit an ihre Grenzen stoßen. Aus diesem Grund sollte sich auf einen gemeinsamen Experten geeinigt werden, um das Projekt gemeinsam zu einem zufriedenstellenden Abschluss zu bringen.

Frau Reker stimmt diesem Vorschlag zu, da aus ihrer Sicht gerade bei solchen Großprojekten das erforderliche Fachwissen zum Thema Barrierefreiheit notfalls von außen dazu geholt werden sollte, um kostenintensive Nachrüstungen zu vermeiden.

Es wird vereinbart, dass das Thema Eis- und Schwimmstadion Lentpark auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gesetzt wird.

6 Mitteilungen

6.1 Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land - Zwischenbilanz 2014 **1034/2014**

Frau Albrot erläutert das Zustandekommen und die wesentlichen Punkte der Zwischenbilanz. Grundlage für die schulische Inklusion in Köln ist der Inklusionsplan für Kölner Schulen, der unter anderem ein 12-Punkte-Maßnahmenpaket beinhaltet. Darin hat die Verwaltung festgelegt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den Prozess der schulischen Inklusion zu fördern und zu unterstützen. Die Zwischenbilanz

stellt den derzeitigen Sachstand der jeweiligen Maßnahmen dar. Er gibt aber auch Auskunft darüber, wie weit die schulische Inklusion in Köln insgesamt fortgeschritten ist.

Frau Albrot erklärt, dass die Angebote des gemeinsamen Lernens in Köln sehr gut angenommen werden und dass das Ziel des Inklusionsplans die Schaffung einer inklusiven Bildungslandschaft bis 2020 bleibt. Dazu soll der Maßnahmenplan anhand der Zwischenbilanz und der Stellungnahmen des Expertenbeirats überarbeitet und zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorgestellt werden.

6.1.1 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung 1034/2014 2353/2014

Herr Blaschke berichtet ergänzend zu den Stellungnahmen des Expertenbeirats Inklusion Köln über die Entwicklung des gemeinsamen Lernens in Köln und die damit verbundenen Probleme. Dazu gehört zum Beispiel die Vermittlung des Inklusionsprozesses in die Schulen hinein. Schulen fehlen zu Beginn eines Schuljahres oftmals Informationen zu wichtigen Änderungen. Des Weiteren ist die Anzahl der Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Bedarfs (AO-SF) wider Erwarten nicht zurückgegangen sondern sogar angestiegen. Darüber hinaus wird die Meinung des Expertenbeirats oftmals erst nachträglich eingeholt. Dies sollte zukünftig regelmäßig bereits im Vorfeld von zu treffenden Entscheidungen geschehen.

Bei der Frage nach feststellbaren Auswirkungen des Inklusionsprozesses auf die Schülerinnen und Schüler wird deutlich, dass die Qualität des gemeinsamen Unterrichts generell nur schwer feststellbar ist. Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Lernen sind je nach Schulform sehr unterschiedlich. Es ist zwar ein Monitoring zum Thema Inklusion eingerichtet worden, erforderlich wären aber konkrete Untersuchungen in den Schulen und eine Begleitung der Kinder vor Ort. Dies wäre allerdings Aufgabe der Schulaufsicht, die in der heutigen Sitzung nicht vertreten ist. Bezogen auf die notwendige Aneignung der erforderlichen Kompetenz der Lehrkräfte muss berücksichtigt werden, dass dies trotz der bisher starken Inanspruchnahme der vorhandenen und zum Teil niederschweligen Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote noch Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Frage nach einer verpflichtenden Teilnahme der Lehrkräfte an Qualifizierungsangeboten zum gemeinsamen Lernen müsste durch die Schulaufsicht geklärt werden.

Bei der Zuordnung der erforderlichen Sonderpädagogen hat es eine Veränderung im Verfahren und des Berechnungsschlüssels gegeben. Die bisherige individuelle Zuordnung der Lehrerstunden auf das einzelne Kind wurde durch eine pauschale Zuordnung für Schulen, die gemeinsames Lernen anbieten, ersetzt. Aussagen zum Berechnungsschlüssel sowie über verlässliche Zahlen zur pauschalen Zuordnung fehlen noch und sind Angelegenheiten der Schulaufsicht.

Frau Albrot bestätigt, dass bisher nur wenige Gymnasien am gemeinsamen Unterricht teilnehmen. Da aber auch für das Schuljahr 2015/2016 wieder mit einer hohen Anzahl an Anträgen auf gemeinsamen Unterricht gerechnet wird, arbeitet die Schulaufsicht verstärkt daran, dass sich zukünftig mehr Gymnasien beteiligen. Ob es durch den Anstieg des gemeinsamen Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen zu einer Reduzierung der Förderschulen kommen wird, kann zurzeit nicht beurteilt werden. Hier muss die weitere Entwicklung des Inklusionsprozesses abgewartet werden. Wenn

eine Förderschule zukünftig die vorgegebene Mindestschülerzahl unterschreitet, muss die Schulaufsicht entscheiden, ob die Schule bestehen bleibt, mit einer anderen Förderschule zusammengelegt wird oder auslaufen soll.

Das Thema wird in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erneut behandelt. Bis dahin sollen dann verlässliche Angaben zu Schülerzahlen sowie zu weiteren wichtigen Informationen im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Unterricht von der Schulaufsicht erfragt werden.

6.2 Rampe Domforum
hier: Mündliche Anfrage des SE Fahlenbock in der Sitzung des Verkehrs-ausschusses am 28.01.2014, TOP 1.1
0980/2014

Der Eigentümer des Domforums ist nicht gewillt, den Bau einer Rampe zuzulassen. Er empfiehlt, dass zum barrierefreien Zugang zur Domplatte die Beleuchtung und die Beschilderung des Domgässchens verbessert werden sollte. ¹

6.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
0727/2014

Herr Dr. Bell erläutert den Hintergrund der Mitteilung über die Neuwahl des Jugendhilfeausschusses und das Verfahren zur Benennung der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Jugendhilfeausschuss entsandt werden. ²

6.4 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für das Jahr 2013
0842/2014

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

¹ Nach Mitteilung des zuständigen Amtes für Straßen und Verkehrstechnik soll im Gespräch mit dem Eigentümer des Domforums, der „BRD Domkloster Cologne B.V.“, eine zufriedenstellende Lösung gesucht werden.

² Nach Auskunft der zuständigen Fachverwaltung im Nachgang zur Sitzung gibt es im Unterschied zu der in der Sitzung erläuterten Verfahrensweise keine Sonderregelung des Jugendhilfeausschusses. Auch die Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Jugendhilfeausschuss entsandt werden sollen, müssen durch den Rat in seiner Sitzung am 13.11.2014 ernannt werden.

7 Anfragen und Beschlussempfehlungen

Herr Ladenberger fragt nach dem Sachstand zum Thema Toilettenkonzept in Köln - Barrierefreie öffentliche WC-Anlagen. Er bittet um eine entsprechende Anfrage an das zuständige Bauverwaltungsamt.³

Des Weiteren fragt Herr Ladenberger zum Thema Barrierefreie Ratssitzungen nach dem aktuellen Sachstand. Herr Dr. Bell teilt dazu mit, dass inzwischen zwei Treffen stattgefunden haben, in denen er gemeinsam mit Kollegen aus dem Büro des Oberbürgermeisters, der Gebäudewirtschaft und des Denkmalschutzes beraten haben, wie die Ratssitzungen barrierefrei durchgeführt werden können. Im Moment ist eine Beschlussvorlage der Verwaltung zu diesem Thema in Arbeit. Danach sind die Ratssitzungen mit einem überschaubaren Mittelaufwand barrierefrei durchführbar, weil bereits wesentliche Leistungen wie behindertengerechte Toiletten und Aufzüge erbracht worden sind. Darüber hinaus hat der Rat bereits den Bau einer Rampe zum Haupteingang des Spanischen Baus beschlossen. Problematisch ist allerdings noch der barrierefreie Livestream der Ratssitzungen, weil bisher noch keine Lösung für die Übersetzung durch Schriftdolmetscher gefunden werden konnte. Eventuell könnte der Livestream des niedersächsischen Landtags als gutes Beispiel dienen, wo die Sitzung im Livestream mit Schriftdolmetscher übertragen wird.

Herr Intveen fragt nach dem Sachstand zur Anfrage von Herrn Herbig aus der letzten Sitzung zu den fehlenden Handlaufbeschriftungen an den Treppenaufgängen und – abgängen an den Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn insbesondere der Haltestelle Heumarkt. Herr Gassen-Wendler erklärt, dass er eine entsprechende Sachstandsmitteilung zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nachreichen wird.

7.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht 2012 - 2013 2555/2014

Herr Ladenberger bedankt sich im Namen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei allen Beteiligten insbesondere bei der Geschäftsführung für die Erstellung des Berichtes.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig den Arbeits- und Erfahrungsbericht 2012 – 2013 und bittet den Ausschuss Soziales und Senioren diesen zur Kenntnis zu nehmen.

³ Das Bauverwaltungsamt teilt vor Veröffentlichung der Niederschrift dazu mit, dass derzeit die erste Baugenehmigung für das Toilettenhaus in der Krebsgasse erteilt wird. Der Standort wurde mit den Vertretern der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen abgestimmt. Die Abstimmung der Standorte gestaltet sich innerhalb der unterschiedlichen Interessen der Stadtgestaltung wie der Denkmalpflege, aber auch aus bauordnungsrechtlichen, verkehrlichen oder brandschutztechnischen Gründen gerade in den sehr engen Straßenzügen der Innenstadt als ausgesprochen schwierig. Das Bauverwaltungsamt ist gerne bereit, in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik über den aktuellen Sachstand zu berichten.

7.2 Benennung der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 23a Hauptsatzung

Herr Dr. Bell verliest eine Aufstellung mit den Personen, die als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die genannten Fachausschüsse gem. § 23a Hauptsatzung entsandt werden sollen. Die Aufstellung liegt als Tischvorlage vor.

Auf die Anfrage von Herrn Krämer, ob er sich hier und jetzt noch als sachkundiger Einwohner bewerben kann, erläutert Herr Dr. Bell § 9 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Danach kann die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Mitglieder von Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die aufgeführten Fachausschüsse des Rates entsenden. Der entsprechende Personenvorschlag wird durch den Wahlausschuss der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen erarbeitet und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik unterbreitet. Der Rat wählt die vorgeschlagenen Personen dann als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die Ausschüsse. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik schließt sich Herr Dr. Bell's Interpretation an, wonach in der heutigen Sitzung keine weitere Person in die vorliegende Aufstellung aufgenommen werden kann.

Frau Mertesacker teilt als Mitglied des Wahlausschusses mit, dass Bewerbungen für die Aufgabe als sachkundige Einwohnerin oder sachkundiger Einwohner grundsätzlich auch innerhalb der Amtsperiode möglich sind. Der Wahlausschuss wird dann alles Weitere in die Wege leiten.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig, dass die in der Anlage aufgeführten Personen in die jeweiligen Fachausschüsse des Rates gemäß § 23a Hauptsatzung entsandt werden.

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Es liegen keine Beiträge vor.

9 Verschiedenes

Herr Dr. Bell weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 08.12.2014 um 13.00 Uhr im Bürgerhaus Deutz stattfinden wird. Als Schwerpunktthema wurde in der Sitzung am 11.03.2014 das Thema „Diversity“ festgelegt.

Herr Ladenberger bemängelt, dass ein barrierefreier Zugang zum Stadthaus Deutz (Westgebäude) nicht immer möglich ist, da der automatische Türöffner nicht immer funktioniert oder der Zugang ab 16.00 Uhr verschlossen ist. Herr Lersmacher erklärt, dass er sich der Sache annehmen wird.

Herr Dr. Bell kündigt an, dass versucht wird, die Probleme mit der Tonanlage im Raum 16 F 43 zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in diesem Raum zu beheben.

gez. Beigeordnete Henriette Reker
(Vorsitzende)

gez. Andreas Schwarz
(Schriftführer)